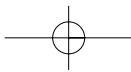
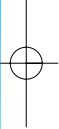
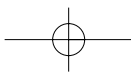


Eine lebenswerte Umwelt

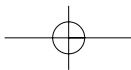
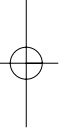
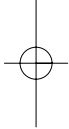
Der Beitrag der Europäischen Union





Inhalt

Für eine nachhaltige Entwicklung	3
Grundlage für EU-Maßnahmen	5
Das Problem des Klimawandels	8
Bedeutung der Natur und der biologischen Vielfalt	11
Eine sichere und gesunde Umwelt	14
Bewirtschaftung von Naturressourcen und Abfallbehandlung	15
Der Blick über unsere Grenzen hinaus	18
Finanzierung des ökologischen Fortschritts	20
Fazit	22
Zur Vertiefung	22



Für eine nachhaltige Entwicklung

Die Europäische Union ist dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Mit anderen Worten, einer Entwicklung, die es den künftigen Generationen ermöglichen wird, in den Genuss einer höheren Lebensqualität zu kommen – nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt.

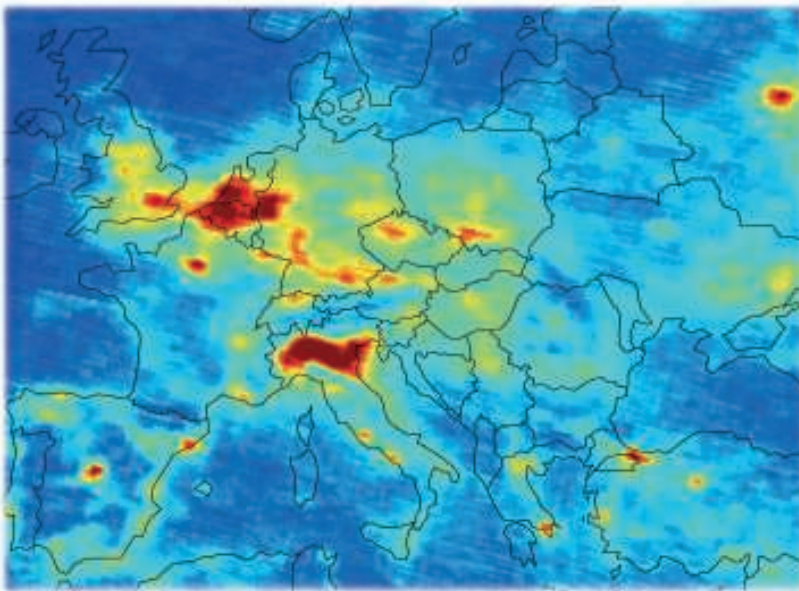
Dazu müssen wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz geschickt zu einem Ausgleich gebracht werden. Werden diese Ziele gleichzeitig verfolgt, können sie sich in der Tat gegenseitig stärken. Umweltbewusste Politiken können sich günstig auf Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Diese wiederum kurbeln das wirtschaftliche Wachstum an, das eine wesentliche Rolle für das Erreichen sozialer Ziele spielt.

Bei der nachhaltigen Entwicklung geht es somit u. a. um den Schutz und die Verbesserung der Umweltqualität. Im Großen und Ganzen bedeutet dies, die Fähigkeit der Erde zur Aufrechterhaltung des Lebens in all seiner Vielfalt zu wahren und Rück-

sicht auf die begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten zu nehmen.

Die EU geht beim Umweltschutz nicht nur dringliche Probleme an, sondern trägt auch den Wünschen ihrer Bürger Rechnung. Umfragen zufolge erwartet der überwiegende Großteil der EU-Bevölkerung eindeutig, dass die politischen Entscheidungsträger der Umweltpolitik eine genauso hohe Aufmerksamkeit widmen wie der Wirtschafts- oder Sozialpolitik.

Die EU möchte deswegen sicherstellen, dass ihre Entscheidungen in einem dieser drei Bereiche – Wirtschaft, Sozialwesen, Umwelt – keine nachteiligen Folgen für die anderen zwei Bereiche nach sich ziehen. Wenn also Entscheidungen im Hinblick auf die Landwirtschaft, die Fischerei, den Verkehr, die Energieversorgung, den Handel, die Entwicklung usw. getroffen werden, werden stets die damit im Zusammenhang stehenden ökologischen Auswirkungen berücksichtigt.



© ESA

Smogwolken über den größten Industriestädten Europas – vom Weltraum aus gesehen.

Die Grundprinzipien

Die umweltpolitischen Entscheidungen der EU stützen sich auf eine Reihe von Grundprinzipien. Vorbeugung ist besser als die Beseitigung bereits entstandener Schäden: Es ist besser, von vornherein die Ursachen der Umweltverschmutzung zu bekämpfen als im Nachhinein ihre Auswirkungen. Umweltverschmutzer müssen für den von ihnen verursachten Umweltschaden bezahlen – und wenn es deutliche Anzeichen für ein neues Umweltproblem gibt, werden Vorkehrungen getroffen, auch wenn noch keine eindeutigen wissenschaftlichen Gutachten vorliegen.

Die Verfolgung einer EU-weiten Umweltpolitik ist sinnvoll, denn alle EU-Bürger haben das Recht auf einen gleichwertigen Umweltschutz und alle EU-Unternehmen haben das Recht darauf, ihrer Tätigkeit unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen nachzugehen. Einer der wichtigsten Grundsätze ist jedoch Flexibilität. Den unterschiedlichen landesspezifischen Umständen sollte bestmöglich Rechnung getragen werden und manche Entscheidungen können am besten auf lokaler Ebene getroffen werden.

Keine EU-Politik und kein EU-Gesetz wird außerdem unterbreitet, ohne dass vorher die Beteiligten wie Nichtregierungsorganisationen (NRO), Bürgervereinigungen und Sachverständige konsultiert werden. Sobald die Europäische Kommission einen Vorschlag macht, wird er eingehend von unseren demokratisch gewählten Vertretern im Europäischen Parlament und dem Rat der EU erörtert, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Die Umweltpolitik wird von den Organen der EU (dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission) und den nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten aufgestellt, angenommen, umgesetzt und bewertet. Im Laufe dieses Prozesses können sich diese Institutionen an die Europäische Umweltagentur in Kopenhagen wenden, um von ihr unabhängige Umweltinformationen einzuholen. Diese Agentur zählt 31 Mitgliedsländer – genau gesagt die 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union plus Bulgarien, Island, Liechtenstein, Norwegen, Rumänien und die Türkei. Darüber hinaus beteiligen sich auch die Schweiz und alle Balkanländer an der Arbeit der Agentur.

Grundlage für EU-Maßnahmen

Die Umweltpolitik der EU ist nichts Neues. Das derzeitige Umweltaktionsprogramm, das die EU bis zum Jahr 2012 begleiten wird, ist bereits das sechste in der Reihe. Es baut auf einer 30-jährigen Erfahrung mit Umweltmaßnahmen auf, die bereits zahlreiche Vorteile gebracht haben – angefangen von viel saubererer Luft und sauberem Wasser über die Ausweitung von Naturschutzgebieten, eine bessere Abfallbehandlung, eine höhere Berücksichtigung von Umweltauswirkungen im Vorfeld von Planungsentscheidungen bis hin zu umweltfreundlicheren Erzeugnissen. Große Herausforderungen stehen jedoch noch an.

Das sechste Umweltaktionsprogramm umfasst vier Prioritäten:

- Klimaänderungen,
- Natur und biologische Vielfalt,
- Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität,
- natürliche Ressourcen und Abfälle.

Der Klimawandel stellt ein großes Problem dar, das in diesem Jahrzehnt und in weiterer Zukunft bewältigt werden muss. Das langfristige Ziel der EU besteht darin sicherzustellen, dass die Temperatur weltweit um höchstens 2 °C im Vergleich zu der in der vorindustriellen Ära gemessenen Temperatur ansteigt. Dies bedeutet, dass bis 2050 der Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu den Werten von 1990 mindestens um 15 %, und wahrscheinlich noch viel mehr, gesenkt werden muss. Kohlendioxid (CO₂), das bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas in die Atmosphäre gelangt, wird dabei besonders ins Auge gefasst.

Der Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt spielt für uns eine wichtige Rolle, nicht nur wegen der Freude, die uns unsere natürliche Umwelt bringen kann, sondern, vor allem, weil unser Nahrungsangebot durch die Wüstenbildung und den



Entsorgte Abdeckungen von Mobiltelefonen werden zu Kompost für Sonnenblumen.

Schwund von Pflanzen- und Tierarten und den Verlust der genetischen Vielfalt bedroht ist. Diese Verluste kommen auch bei den natürlichen Ressourcen zum Tragen, die wir in einer Reihe von Industrien nutzen, angefangen vom Bauwesen bis hin zu Arzneimitteln.

Unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität hängen direkt von der Qualität unserer Umwelt ab. Die Zahl der auf Umweltfaktoren zurückzuführenden Krankheiten ist im Steigen begriffen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, eine Umwelt zu gewährleisten, die die Gesundheit der Bürger nicht gefährdet und zur Wahrung unserer heutigen Lebensqualität beiträgt.

Wirtschaftswachstum geht mit dem Verbrauch natürlicher Ressourcen und der Abfallproduktion einher. Die EU strebt danach, das gleiche Maß an Wirtschaftswachstum bei geringeren Umweltauswirkungen der Ressourcennutzung und einer

geringeren Abfallproduktion zu erzielen. Dies bedeutet eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Ressourcen (soweit deren Nutzung nachhaltig ist), mehr Recycling und eine bessere Behandlung von Restabfällen.

Einige dieser Prioritäten werden im Rahmen von sieben „thematischen Strategien“ aufgegriffen, die einen übergeordneten Ansatz betreffend den Bodenschutz, den Schutz der Meeresumwelt, den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden, die Luftverschmutzung, die städtische Umwelt, die nachhaltige Ressourcenverwendung und -bewirtschaftung und die Abfallvermeidung und -wiederverwertung verfolgen.

Umweltechnologien sind ein Plus für Unternehmen

Öko-Innovation und umweltgerechte Technologien sind nicht nur gut für die Umwelt, sondern sie bieten auch Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum. Dies spielt für die Geschäftstätigkeit und den Wettbewerbsvorsprung von EU-Unternehmen eine bedeutende Rolle.

Der Weltmarkt für ökologische Waren und Dienstleistungen wurde 2003 auf über 500 Mrd. EUR geschätzt. Dies ist ein Umfang, der mit dem der Raumfahrt- und Pharmaindustrie vergleichbar ist. Und mit einer Wachstumsrate von ca. 5 % pro Jahr wächst dieser Markt schneller als die Wirtschaft der EU und schafft neue Arbeitsplätze.

Die EU nutzt diese Gelegenheit, so gut sie kann. Europa genießt bereits Vorteile als Vorreiter im Bereich der Windenergietechnologie. Mit dem Aktionsplan für Umweltechnologie soll die EU bei weiteren Umweltechnologien einen ähnlichen Wettbewerbsvorsprung erlangen. Durch diesen Plan ist es einfacher, Finanzmittel für neue Technologien zu erhalten und deren Leistung zu beurteilen. Darüber hinaus werden darin vorbildliche Verfahren herausgestellt und Regierungen und örtliche Behörden zum Erwerb umweltfreundlicher Waren und Dienstleistungen angehalten.

Der Umweltschutz kann so den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern – eine Strategie, bei der es keine Verlierer gibt.



3/0

Während die EU auf all diesen Fronten vorrückt, lässt sie die bis heute erzielten Fortschritte nicht aus dem Auge. Der vollständigen und richtigen Anwendung bestehender Rechtsvorschriften wird Priorität eingeräumt. Die Europäische Kommission überwacht systematisch, ob die EU-Politiken von den Mitgliedstaaten vollständig und rechtzeitig in nationale Vorschriften umgesetzt werden und ob diese nationalen Vorschriften ordnungsgemäß durchgesetzt werden. Kommt ein Mit-

gliedstaat seinen Verpflichtungen nicht nach, kann die Kommission ihn vor dem Europäischen Gerichtshof anklagen. Besonders hartnäckige Zuwiderhandelnde können vom Gerichtshof mit einer Geldstrafe belegt werden. Unternehmen, die es versäumen, spezifische Anforderungen zu erfüllen, werden nicht nur mit Sanktionen bestraft, sondern müssen unter Umständen für die Beseitigung etwaiger von ihnen verursachter Umweltschäden aufkommen.

Bevor der Rat der EU neue politische Maßnahmen verabschiedet, sind eingehende Beratungen notwendig.

Das Problem des Klimawandels

Der Klimawandel stellt eine der größten ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedrohungen dieses Planeten dar. Im Laufe des 20. Jahrhunderts stieg die durchschnittliche Oberflächentemperatur der Erde um ca. 0,6 °C an. Vieles deutet darauf hin, dass der in den letzten 50 Jahren beobachtete weltweite Anstieg der Temperatur auf menschliches Handeln zurückzuführen ist. Fossile Brennstoffe, die wir zwecks Energiegewinnung verbrennen und als Kraftstoffe in Fahrzeugen einsetzen, sind besonders schädlich, denn bei deren Verbrennung gelangen Gase wie Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre, wo sie zur Erwärmung der Erdoberfläche beitragen.

Steigende Temperaturen verursachen durch Abschmelzen der polaren Eiskappen einen Anstieg des Meeresspiegels. Durch diesen Anstieg wiederum werden Küsten-

gebiete und kleine Inseln bedroht. Der Klimawandel geht zudem mit einer Zunahme der Häufigkeit von extremen Wetterereignissen, Stürmen und Dürreperioden einher. Bestimmte Krankheiten wie Malaria werden sich auf neue Gebiete ausbreiten. Einige Arten, die nicht mit dem Tempo der Änderungen Schritt halten können, werden aussterben. Die üblichen Methoden der pflanzlichen Erzeugung werden ändern. In einigen Teilen der Welt werden das Auskommen und sogar das Überleben ganzer Gemeinschaften auf dem Spiel stehen. In anderen Teilen der Welt könnte sich die natürliche Umwelt, einschließlich ihrer Nutzung, radikal ändern. Eine Reihe dieser Auswirkungen sind bereits unumkehrbar.



Der Boom im Luftverkehr verstärkt die Umweltbelastung.

Um die erforderlichen Anpassungen möglichst gering zu halten und die schlimmsten Bedrohungen abzuwenden, muss die EU verstärkt Erzeugnisse und Dienstleistungen einsetzen, die einen geringeren Ausstoß von Treibhausgasen mit sich bringen. Dies bedeutet, dass in der Industrie-, Verkehrs- und Energiepolitik hohes Augenmerk auf die Drosselung der Kohlenstoffbelastung gerichtet werden muss, d. h., dass fossile Brennstoffe effizienter eingesetzt und durch erneuerbare Energiequellen wie Wind- und Sonnenenergie ersetzt werden müssen. Zahlreiche Schritte wurden bereits unternommen und eine Reihe von Zielen wurde ins Auge gefasst, um die EU in Richtung einer „kohlenstoffarmen Gesellschaft“ zu lenken.

So tragen etwa Etikettiervorschriften dazu bei, dass Verbraucher erkennen, ob ein Kühlschrank, eine Waschmaschine oder ein anderes Haushaltsgerät energiesparend ist oder nicht. Durch Energieeffizienznormen können die Heiz- und Klimatisierungsanforderungen von Gebäuden, auf die zurzeit 40 % des gesamten Energieverbrauchs der EU entfallen, gesenkt werden.

Erklärtes Ziel der EU ist es, bis 2010 21 % der Energie aus erneuerbaren Energiequellen wie Biomasse, Wind und Sonne zu gewinnen. Alle EU-Länder arbeiten auf dieses Ziel hin und haben sich darüber hinaus verpflichtet, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Menge des in Verkehrskraftstoffmischungen enthaltenen Biotreibstoffs auf 5,75 % zu erhöhen.

Dort, wo fossile Brennstoffe noch Anwendung finden, bestünde unter Umständen die Möglichkeit, die Kohlenstoffemissionen zu sammeln und in stillgelegten Minen oder auf Öl- und Gasfeldern zu lagern, anstatt sie in die Atmosphäre freizusetzen. Diese Möglichkeit ist bereits Gegenstand von Experimenten.



Der Umstieg auf sauberere Kraftstoffe

Soll die EU das Kyoto-Protokoll von 1997 einhalten, muss sie auf sauberere Energie- und Kraftstoffquellen umsteigen. Als ersten Schritt verlangt dieses internationale Abkommen, dass die EU und andere Industrieländer bis 2012 ihren Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen senken. Mit diesem Ziel im Auge entwickelten die EU-Länder das erste internationale Emissionshandelssystem für Treibhausgase.

Dieses System umfasst mehr als 11 000 energieintensive Kraftwerke in der gesamten EU. Auf diese Kraftwerke entfällt fast die Hälfte der CO₂-Emissionen der EU. Die Regierungen weisen diesen Kraftwerken „Emissionsquoten“ zu, die bestimmen, wie viel CO₂ sie pro Jahr ausstoßen dürfen. Wer den festgelegten Grenzwert unterschreitet, darf die verbleibenden Emissionsrechte an andere Unternehmen verkaufen, die schlechter „abschneiden“ und ihre Zielvorgaben nicht einhalten können.

Nachtfalter wie dieser Braune Bär sind durch den Klimawandel vom Aussterben bedroht.

Durch dieses System wird gewährleistet, dass die kostengünstigste Variante der Emissionssenkung gewählt wird, da die Unternehmen selbst entscheiden können, ob es für sie besser ist, Emissionsquoten zu kaufen oder in emissions-senkende Technologien zu investieren. Darüber hinaus wird dieses System zur verstärkten Nutzung klimafreundlicher Technologien beitragen und der EU einen Wettbewerbsvorteil sichern, da die Nachfrage nach diesen Technologien weltweit im Wachstum begriffen ist.

Neben Kyoto gibt es Aussichten, unter Nutzung neuer Technologien auf Wasserstoffbasis Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen. Bevor diese Technologien jedoch einsatzbereit werden, steht noch viel Forschungsarbeit an. Die EU finanziert einen Teil der Forschungstätigkeit und die Europäische Kommission hat eine Europäische Plattform für Was-

serstoff- und Brennstoffzellentechnologie eingerichtet, die die gesamte Arbeit der EU in diesem Bereich koordinieren soll.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine große Herausforderung, doch von ihm hängt teilweise die Zukunft unseres Planeten ab. Er wird zudem zur Verbesserung der Luftqualität beitragen und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, da die EU ihre Abhängigkeit von Öl- und Gaseinfuhren verringern können und nicht mehr so sehr von den steigenden Preisen fossiler Brennstoffe betroffen sein wird.



*Solarbetriebene Autos
– Zukunftsmusik?*

Bedeutung der Natur und der biologischen Vielfalt

Die Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen in unserer Umgebung sind durch den Menschen und seine Eingriffe in die natürliche Umwelt gefährdet. Dies ist u. a. auf eine mangelnde Raumplanung, verschwenderische Flächennutzung, Überfischung und intensive Bewirtschaftung in Kombination mit einem hohen Einsatz von Pestiziden zurückzuführen.

Vögel spielen für unser Überleben eine wichtige Rolle, weil sie ein wesentliches Glied in den natürlichen Ökosystemen wie Wäldern, Feuchtgebieten und der Meeresumwelt darstellen. Beinahe die Hälfte der in Europa lebenden Vogelarten ist jedoch vom Aussterben oder von einer ernsthaften Dezimierung bedroht. Eine Studie an 23 heimischen Feldvogelarten und 24 heimischen Waldvogelarten in 18 europäischen Ländern ergab, dass die Populationen dieser Vögel von 1980 bis 2002 um 71 % zurückgegangen sind. Vögel gelten als ein guter Indikator für den allgemeinen Zustand der biologischen Vielfalt. Ihr Rückgang ist somit ein Warnsignal.

Die Pflege der Landschaften und wild lebenden Tier- und Pflanzenarten Europas ist nicht nur eine Frage des Schutzes unserer Erholungsräume. Ein gesunder Lebensraum hemmt den Klimawandel (da Wälder Kohlenstoff absorbieren können), beugt Erosion (eine Ursache von Überschwemmungen) vor und liefert natürliche Ressourcen für die Industrie und die Energieerzeugung.

Die „Botschaft von Malahide“

Die Biodiversitätspolitik der Europäischen Union beruht auf dem sechsten Umweltaktionsprogramm der Union; sie berücksichtigt jedoch auch die 18 Ziele zum Stopp des EU-weiten und globalen Artenschwundes („Botschaft von Malahide“), die auf einer internationalen Konferenz in Irland im Jahr 2004 verabschiedet wurde. Diese Ziele umfassen nicht nur den Schutz

bestehender Arten, sondern auch die Verhütung und Abmilderung der Auswirkungen von invasiven gebietsfremden Arten, die z. B. in Schiffsfrachten nach Europa gelangen und unsere Ökosysteme aus dem Gleichgewicht bringen können.

Die EU ist danach bestrebt, dem Verlust an biologischer Vielfalt auf ihrem Hoheitsgebiet Einhalt zu gebieten. Sie arbeitet zudem, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, mit anderen Ländern zusammen, um den weltweiten Biodiversitätsschwund bis Ende dieses Jahrzehnts drastisch zu bremsen.

Zu den wichtigsten Werkzeugen der EU zählen ihre Biodiversitätsstrategie, zusammen mit zwei bindenden Rechtsakten – der Habitat-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie –, sowie die von ihr zur Förderung dieser drei Maßnahmen bereitgestellten Finanzmittel.

Die **Biodiversitätsstrategie** soll sicherstellen, dass bei allen Rechtsvorschriften und Politiken etwaige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt berücksichtigt werden. Zu den Bereichen, die davon am meisten betroffen sind, zählen die Landwirtschaft, die Fischerei, die Forstwirtschaft, der Fremdenverkehr, der Handel, die Entwicklungszusammenarbeit, das Bauwesen, die Infrastruktur sowie Rohstoffindustrien wie der Bergbau. Auch im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik – die die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ungleichheiten in der EU mindert und die Planung der städtischen und ländlichen Entwicklung beeinflusst – und der Notwendigkeit, die genetischen Ressourcen der Erde und das Wissen und die Bräuche der eingeborenen und örtlichen Gemeinschaften zu wahren, werden Fragen aufgeworfen.

Eine Reihe von Maßnahmen wurde bereits getroffen. So wurde z. B. die Gemeinsame Agrarpolitik der EU einer Reform unterzogen, sodass Landwirte für die Verbesserung unserer natürlichen Umwelt belohnt



© Bilderbox

*Gesunde Vögel sind für
unser Ökosystem
lebenswichtig.*

werden können. Die Gemeinsame Fischereipolitik ist nun mehr denn je auf die Erhaltung der Fischbestände ausgerichtet. Und wenn die EU eine neue Verkehrsinfrastruktur finanziert, müssen die Straßen- und Eisenbahnnetze unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen so eingerichtet werden, dass die biologische Vielfalt geschützt wird.

Schutz von Habitaten und Vögeln

Die **Habitat-Richtlinie** verpflichtet die EU-Länder zum Schutz von Pflanzen und Tieren und ihren Lebensräumen und zur Ausweisung von Gebieten, die in das Natura-2000-Netz geschützter Gebiete aufgenommen werden. Das Natura-2000-Netz stützt sich vor allem auf Verträge, die mit örtlichen Partnern, z. B. den gewählten Vertretern und den Landbesitzern und -verwaltern, geschlossen wurden. Ihre Unterstützung bietet die beste Garantie für den langfristigen Erfolg dieses Netzes.

Durch die **Vogelschutzrichtlinie** wurden die EU-Länder dazu bewegt, Schutzgebiete für bedrohte Arten und Zugvogelarten einzurichten. Diese Gebiete gehören auch zum Natura-2000-Netz. Die Richtlinie verbietet darüber hinaus Tätigkeiten, die die Vögel bedrohen würden, wie die Zerstörung ihrer Nester oder das Sammeln ihrer Eier. Ferner schränkt sie die Vogeljagd ein. Arten-Aktionspläne dienen der Rettung der am meisten bedrohten Arten.

Verlust der biologischen Vielfalt: ein weltweites Problem

Die auf das Stoppen des Biodiversitätsschwunds ausgerichteten Maßnahmen der EU sind nicht nur auf die Länder der EU beschränkt. Die EU geht auch keine Verpflichtungen bezüglich des weltweiten Verlusts an biologischer Vielfalt ein, ohne weitere konkrete Schritte zu unternehmen.

Zu den vielen von der EU finanzierten Biodiversitätsvorhaben außerhalb der EU zählt ein Vorhaben zur Erhaltung von Feuchtgebieten in drei Ländern des südlichen Mittelmeerraums. Mit einer EU-Unterstützung, die sich zwischen 2004 und 2006 auf über 600 000 EUR belaufen wird, wird dieses Vorhaben zur Erhaltung der in Reghaia, Algerien, in Merja Zerga, Marokko, und in Sebkhah El Kelbia, Tunesien, gelegenen Feuchtgebiete beitragen.

In Reghaia wird unter Konsultation der dort ansässigen Landwirte und der örtlichen Institutionen der allererste Bewirtschaftungsplan für die Feuchtgebiete ausgearbeitet.

In Merja Zerga wurden die Feuchtgebiete durch Landwirtschaft, eine nahe Autobahn und städtische und industrielle Entwicklung verschmutzt. Die EU hilft den marokkanischen Behörden deswegen bei der Aufstellung und Anwendung von Rechtsvorschriften zur Steuerung dieser Entwicklungen.

In Sebkhah El Kelbia unterstützt die EU die tunesischen Behörden bei der Umsetzung eines bestehenden Aktionsplans zur Erhaltung des Werts der Feuchtgebiete als Biodiversitätsreservat und zur Entwicklung dieser Gebiete zu einem Erholungsraum.

Die EU legt ihren Schwerpunkt auf die Unterstützung der Fähigkeit dieser Länder zur Erhaltung ihrer Feuchtgebiete und deren Bewirtschaftung in einer Weise, die nicht nur zur Wahrung der biologischen Vielfalt beiträgt, sondern auch wirtschaftliche und soziale Vorteile in Form eines nachhaltigen Fremdenverkehrs mit sich bringt. Die Finanzierung erfolgt über die MedWet-Initiative, die auf den Schutz der im Mittelmeerraum gelegenen Feuchtgebiete abzielt.



Die Korallenriffe – ein wesentliches Glied der weltweiten Nahrungskette – werden durch den Klimawandel zerstört.

Eine sichere und gesunde Umwelt

Sicherzustellen, dass die öffentliche Gesundheit nicht durch Umweltverschmutzung gefährdet wird, zählt nicht nur zu den grundsätzlichen Verpflichtungen einer Regierung, sondern ist auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll. Umweltbedingte Krankheiten verursachen Kosten für Krankenpflege, Arzneimittel, krankheitsbedingte Arbeitsausfallzeiten, geringere Produktivität, Invalidität und vorzeitige Pensionierung. Diese Kosten gehen oft weit über die Kosten vorbeugender Maßnahmen hinaus.

Die Europäische Union bemüht sich schon seit langem um den Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz und die Vorbeugung der Verschmutzung unserer Luft, unseres Wassers und unserer Lebensmittel durch so unterschiedliche Quellen wie das Blei im Benzin oder die Chemikalien in Batterien. Nichtsdestoweniger ist die Verbreitung der durch Umweltfaktoren bedingten Krankheiten im Steigen begriffen.

Chemikalien spielen hierbei offensichtlich eine bedeutende Rolle, doch die uns über die von uns eingesetzten ungeheuren Mengen an chemischen Substanzen zur Verfügung stehenden Informationen sind unklar

Allergien auf dem Vormarsch – EU finanziert Ursachenforschung mit.



© Reporters

und unvollständig. Aus diesem Grund hat die EU ein System unter der Bezeichnung REACH („Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals“ – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) aufgestellt.

Unter diesem System werden die Hersteller und Einführer chemischer Stoffe geschätzte 30 000 weit verbreitete Stoffe unter Angabe ihrer Eigenschaften, Wirkungsweisen, Einsatzbereiche und der entsprechenden sicheren Handhabungsverfahren registrieren müssen.

Die Hersteller und Einführer werden zudem verpflichtet sein, diese Informationen an alle Beteiligte weiterzuleiten, die in ihren Herstellungsverfahren chemische Stoffe einsetzen. Dies wird zur höheren Sicherheit von Arbeitsumgebungen und Endprodukten beitragen. Dank REACH wird es außerdem einfacher sein, neue chemische Stoffe auf den Markt zu bringen und so zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen chemischen Industrie beizutragen, deren Erzeugnisse hohen Sicherheitsstandards entsprechen.

Wir müssen jedoch auch unser Wissen über die komplizierte Wechselwirkung zwischen Schadstoffen und der menschlichen Gesundheit vertiefen, denn wir sind einer Vielzahl unterschiedlichster Schadstoffe ausgesetzt, die – kombiniert – eine „Cocktail-Wirkung“ nach sich ziehen. Ein Aktionsplan zur Umwelt und Gesundheit gibt uns mehr Aufschluss über diese Wirkung – dank gezielter Forschung und langfristiger Beobachtung unserer Gesundheit und Umwelt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden dazu genutzt werden, die durch die Umweltverschmutzung bedingte Gefährdung unserer Gesundheit zu verringern.

Bewirtschaftung von Naturressourcen und Abfallbehandlung

Das immer stärkere Anwachsen des kommunalen Abfalls zeigt, wie umweltschädigend wir mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen. Die Gewinnung dieser Ressourcen durch Bergbau oder Holzeinschlag kann auch zur Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft führen. Einige Bergbaumethoden gehen z. B. mit dem Einsatz von Chemikalien einher, die – falls nicht sorgfältig überwacht – in unser Wasserversorgungssystem gelangen können. Bäume absorbieren Kohlenstoff und senken dadurch die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Werden sie abgeholzt, ohne dass neue Bäume gepflanzt werden, kommt dadurch nicht nur unser natürlicher Lebensraum zu Schaden, sondern auch der Klimawandel wird beschleunigt. Jedes Mal, wenn wir Auto fahren, das Flugzeug nehmen oder zu Hause heizen, tragen wir zur Luftverschmutzung bei. Wenn wir uns mehr Gedanken darüber machen, wie die Naturressourcen gewonnen und genutzt werden, können wir all diese Auswirkungen senken und den künftigen Generationen mehr Naturressourcen übrig lassen.

Vorbeugung ist besser als Entsorgung

Wir können das Problem angehen, indem wir den gesamten Produktlebenszyklus ganzheitlich, sozusagen „von der Wiege bis zur Bahre“, betrachten. Neue Wege zu finden, wie Produkte unter Nutzung von weniger Rohstoffen und mehr recycelbaren und erneuerbaren Ressourcen hergestellt werden können, bedeutet weniger Abfall während und am Ende der Lebensdauer der Produkte. Werden bereits im Vorfeld des Produkteinsatzes Überlegungen zur Energieeffizienz angestellt, kann dies auch zu Energieeinsparungen während der Nutzungsdauer des Produkts führen.

In der Europäischen Union werden jährlich etwa 3,5 t Festabfall pro Bürger produziert. Der Großteil davon endet entweder auf Abfalldeponien oder in Verbrennungsanlagen. Beide Optionen zerstören jedoch die Umwelt. Abfalldeponien nehmen nicht nur immer mehr wertvolle Fläche in Anspruch, sondern können auch Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung verursachen und Treibhausgase in die Atmosphäre freisetzen.

Der höchstmöglichen Nutzung von Alternativen zu Abfalldeponien wird deswegen der Vorrang gegeben. Dies schließt Abfallvermeidung, effizienteres Recycling und ausgereifte Kompostierverfahren ein.



© Alagar, Raphael - G. Uffers

Durch längere Reifenlebensdauer können Abfallentsorgungsanlagen entlastet werden.

Abfallverbrennung ist eine weitere Alternative, doch diese erfordert die besten Technologien – im Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften. Dadurch wird gewährleistet, dass der Ausstoß gefährlicher Schadstoffe wie Dioxine drastisch verringert und im Rahmen des Verbrennungsverfahrens auch Energie für die Strom- und Wärmeerzeugung generiert wird.

Die EU hat bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um das Volumen der zur Endlagerung bestimmten Abfälle zu reduzieren. So gibt es z. B. Zielwerte für die Menge des Verpackungsmaterials, das recycelt werden muss, und Vorschriften zur Entsorgung von Batterien, elektrischem und elektronischem Schrott (z. B. Computern), Fahrzeugen und Reifen. Die EU fördert zudem Technologien, mit denen Abfall vor der Endlagerung verdichtet werden kann.

Am Beispiel Auto

Autos sind ein Beispiel dafür, wie die Abfallvermeidung funktioniert. In der EU werden jährlich Millionen von Autos verschrottet. Die EU hat bereits beschlossen, den Einsatz schädlicher Stoffe wie Blei und Quecksilber einzuschränken, damit nicht mehr so viel von diesen Stoffen entsorgt werden muss, wenn ein Auto auf dem Schrottplatz „landet“. Darüber hinaus gibt es Beschränkungen der „Endlagerung“ anstelle des Recyclings ausrangierter Autos. Ab 2006 wird die Grenze bei 20 % liegen, und im Jahr 2015 wird dieser Wert auf 15 % gesenkt werden. Bis 2007 müssen Anlagen bereitstehen, in denen sämtliche Autos auf Kosten der Hersteller verschrottet werden können.

Die EU trägt einen Teil der zum Erreichen dieser Ziele erforderlichen Kosten, indem sie Forschungsvorhaben mitfinanziert, die auf die Entwicklung innovativer Lösungen mit Schwerpunkt auf der Zerlegung der Fahrzeuge, dem Materialrecycling, der Nutzung und Behandlung des bei der Verschrottung ausrangierter Fahrzeuge anfallenden Restmaterials und der Verlängerung der Reifenlebensdauer ausgerichtet sind. Sie beteiligt sich auch finanziell an der Erforschung neuer Märkte für Abfallstoffe und der Erforschung von Märkten außerhalb der EU, für die die im Rahmen dieser Programme entwickelten Technologien von Interesse sein könnten.

Die Arbeit, die die EU in Bereichen wie diesen finanziert, veranlasst die Industrie zum freiwilligen Abschluss von Vereinbarungen über Verbesserungen im Umweltschutz und zu neuen Maßnahmen zur Stärkung der nachhaltigen Produktion und Abfallwirtschaft.

Anerkennung vorbildlicher Umweltschutzverfahren

Viele Warenhersteller und Dienstleister unternehmen weit größere Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes, als zur Erfüllung der Mindestanforderungen der EU erfordert sind. Diese Unternehmen können mit EU-geförderten Gütesiegeln ausgezeichnet werden: mit der Euro-Blume als dem Umweltzeichen der EU und dem EMAS-Logo. Das Umweltzeichen bezieht sich auf Waren. Das EMAS-Logo wird Unternehmen verliehen. EMAS steht für „Eco-Management and Audit Scheme – Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung“.

Die Euro-Blume ist auf ca. 300 Waren und Dienstleistungen aus allen Ländern der EU sowie aus Island, Liechtenstein und Norwegen zu finden. Die Kriterien für die unterschiedlichen Produkte in den unterschiedlichen Produktgruppen werden nach einer eingehenden Studie des gesamten jeweiligen Produktlebenszyklus aufgestellt. Dabei wird alles, angefangen bei der Rohstoffgewinnung in der Vorproduktionsphase über die Herstellung und den Vertrieb bis hin zur Endlagerung, berücksichtigt. Die Produktpalette reicht von Seife und Waschmitteln bis zu Kühlschränken und Computern, von Schuhen und Kleidung bis zu Hotels und Campingplätzen.

Das EMAS-Logo bedeutet, dass ein Unternehmen oder eine örtliche Behörde bei seiner bzw. ihrer Tätigkeit strenge Umweltgrundsätze befolgt. Eine Organisation, die dieses Gütesiegel trägt, hat alle ihre Unternehmungen einer Umweltprüfung unterzogen, verfügt über ein internes Umweltmanagementsystem und hat eine unabhängige Umweltbetriebsprüfung durchführen lassen. Sie hat darüber hinaus einen Bericht über ihre Umweltleistung verfasst und genaue Pläne für weitere Verbesserungen aufgestellt. Mehr als 4 000 Standorte von mehr als 3 000 Organisationen dürfen das EMAS-Logo verwenden. Der Großteil sind Industrieunternehmen, doch auch Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor und örtliche Behörden zählen dazu.



Zuerst nach der Euro-Blume suchen.

Der Blick über unsere Grenzen hinaus

Die Entwicklungshilfe der EU hilft im Kampf gegen die Wüstenbildung, die die traditionellen Lebensweisen in Afrika gefährdet.

Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt, Umweltbelastung und Abfall sind alles globale Probleme. Als die weltweit größte Handelsgemeinschaft, die zweitgrößte Wirtschaftsmacht und eine wichtige politische Kraft trägt die EU internationale Verantwortung. Es liegt auch im eigenen Interesse der EU, globale Umweltfragen anzugehen. Die Verschlechterung der Meereshabitate auf der anderen Seite der Erde wirkt sich auf unser Nahrungsangebot aus. Die Ölverseuchung der Meere auf dem Hoheitsgebiet der EU kann auch von Öltankern verursacht werden, die außerhalb der EU registriert sind. Die sich in einer Höhe von 10 bis 50 km über der Erde befindliche Ozonschicht schützt uns vor schädlichen UV-Strahlen der Sonne; ihre Zerstörung betrifft somit uns alle – ungeachtet dessen, ob der mit ozonschädigenden Chemikalien belastete Kühltank in unserem eigenen Heim oder an

einem beliebigen Ort auf der anderen Halbkugel steht.

Die EU bemüht sich deswegen aktiv um die Aushandlung internationaler Umweltabkommen. Einige sind gut bekannt, z. B. das Kyoto-Protokoll über Treibhausgasemissionen und das Montreal-Protokoll über ozonschädigende Stoffe. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Abkommen, denen eine genauso hohe Bedeutung im Hinblick auf die Verbesserung der Umwelt zukommt. Sie decken eine Vielzahl von Themen ab, darunter Luftverschmutzung, biologische Vielfalt, den Handel mit bedrohten Tier- und Pflanzenarten, gefährlichen Chemikalien und genetisch veränderten Organismen (GVO), die Abfallverbringung, die Wüstenbildung, Naturkatastrophen, die Bewirtschaftung von Wasserläufen und den öffentlichen Zugang zu Umweltinformationen.



Die EU hat sich ferner zum Ziel gesetzt, auch bei ihren Abkommen mit anderen Ländern Umweltbelange in Betracht zu ziehen. Hierbei geht es nicht nur um die Finanzierung von Vorhaben, sondern auch darum, diesen Ländern zu helfen, die für eine langfristige Verfolgung nachhaltiger Umweltpolitiken erforderliche Managementkapazität bereitzustellen. Das Cotonou-Abkommen, das die Beziehungen der EU mit ca. 80 Entwicklungsländern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) regelt, enthält ein Sonderkapitel zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Nutzung und Bewirtschaftung von Naturressourcen. Darin werden Prioritäten genannt, z. B. Tropenwälder, Wasser, Fischerei, biologische Vielfalt, empfindliche Ökosysteme (wie Korallenriffe), erneuerbare Energiequellen, nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung, Wüstenbildung, Dürre, Abholzung, nachhaltiger Fremdenverkehr sowie Verbringung und Entsorgung gefährlicher Abfälle.



© Bilderbox

Die EU unternimmt auch größte Anstrengungen, um die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ziel ist es, den Kampf gegen die Armut mit nachhaltigen Produktions- und Verbrauchsmustern zu kombinieren und die Naturressourcen zu schützen, was für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung künftiger Generationen von höchster Bedeutung sein wird.

Die EU unterstützt internationale Kontrollen für ozonabbauende Stoffe in Kühlschränken.

Finanzierung des ökologischen Fortschritts

Die EU stellt Mittel bereit, um ihren Mitgliedstaaten zu helfen, die Umweltgesetze der EU anzuwenden und Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt zu finanzieren. Der Großteil der für Umweltschutzmaßnahmen bestimmten Mittel stammt aus dem Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds der EU. Diese Fonds sollen die Kluft (einschließlich der unterschiedlichen Umweltnormen) zwischen den ärmeren und den reicheren Regionen der EU schließen.

Weitere Mittel stammen aus den EU-Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, durch die umweltfreundliche landwirtschaftliche Verfahren gefördert werden sollen. Länder, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben, erhalten eine Heranführungshilfe für die Umsetzung der Umweltgesetze der EU.

Die EU unterstützt z. B. Programme, die die Situation des öffentlichen Verkehrs verbessern und dazu beitragen sollen, dass Frachten vermehrt auf dem Wasserweg und in Zügen anstatt auf Straßen befördert werden. Durch solche Maßnahmen konnte der CO₂-Ausstoß in Italien verringert werden.

Durch die Finanzierung, die Polen erhielt, um seine Wasseraufbereitung zu verbessern und sich auf den EU-Beitritt vorzubereiten, konnte die Versorgung mit Trinkwasser und die Abwasseraufbereitung in Stettin auf EU-Standard angehoben werden. Die Finanzierung erfolgte in Form von Zuschüssen seitens der EU und in Form von Darlehen seitens der Europäischen Investitionsbank. Diese Darlehen sind eine weitere wichtige Finanzierungsquelle, die

Verbindung traditioneller landwirtschaftlicher Verfahren mit modernen Naturschutzmaßnahmen

© Robert Coaldson, 2004



Das LIFE-Nature-Vorhaben „Limestone Country“ im Yorkshire Dales-Nationalpark im Vereinigten Königreich soll die traditionelle Weidelandnutzung in der hoch gelegenen Kalklandschaft neu beleben, indem die Landwirte dazu ermuntert werden, zur Haltung robuster Rinderrassen zurückzukehren und das Land weiterhin landwirtschaftlich zu nutzen. Die malerische Landschaft der Kalksteinregion entstand durch die jahrhundertelange Nutzung der dortigen Flächen als Weideland. Hörte die Weidelandnutzung auf, würden auch die vielen naturnahen Habitate verschwinden. An dem Vorhaben sind 15 landwirtschaftliche Pilotbetriebe beteiligt, in denen neue landwirtschaftliche Systeme eingerichtet und Agrarumwelt-Förderpakete angewandt werden sollen. Durch die Verknüpfung mit Marketinginitiativen wird sichergestellt, dass die Naturpflege wirtschaftlich tragbar ist. Das Vorhaben soll zur wirtschaftlichen Neubelebung der Region beitragen, indem aufgezeigt wird, dass die gemischte Haltung von Schafen und robusten Rindern sowohl umweltfreundlich als auch gewinnbringend sein kann. Die im Rahmen dieses Vorhabens gewonnenen Erkenntnisse über vorbildliche Verfahren werden zur Unterstützung dieser Art der nachhaltigen Landwirtschaft im gesamten Natura-2000-Netz geschützter Naturräume genutzt.

Die EU hilft sicherzustellen, dass mit umweltfreundlichen landwirtschaftlichen Verfahren ein angemessenes Einkommen erwirtschaftet werden kann.

zur Verbesserung der Umwelt und der Infrastruktur in der EU und ihren Nachbarländern herangezogen werden kann.

Die EU bietet zudem Hilfe bei Umweltkatastrophen über ihren Solidaritätsfonds. Solche Katastrophen können Waldbrände, Überschwemmungen, Ölteppiche und die Verschmutzung von Wasserwegen durch chemische Stoffe sein.

Über ein Programm unter der Bezeichnung LIFE werden Finanzmittel für Umweltvorhaben bereitgestellt, die die Einführung neuer politischer Maßnahmen erleichtern, vorbildliche Verfahren aufzeigen und zu deren Verbreitung beitragen oder die Umsetzung des Natura-2000-Netztes geschützter Naturräume unterstützen. Solche Vorhaben reichen von der Säuberung des Skjern-Flusses in Dänemark bis zu Managementplänen für Betriebsstätten und zum Schutz der natürlichen Habitate und wild lebenden Tiere und Pflanzen in Zypern. Die Vorzeigeprojekte von LIFE haben Kompostiertechnologien für die Entsorgung bioabbaubarer organischer kommunaler Abfälle in Lettland groß herausgestellt und Umweltmanagementsysteme für Festivals und Messen in Belgien unterstützt.

Unter LIFE werden auch Vorhaben in einigen Nachbarländern der EU finanziert. Hierzu zählen z. B. Maßnahmen zum Schutz der Schwarzmeer-Delfine in Rumänien und der Aufbau einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur in Tirana, der Hauptstadt Albanien.

Wir müssen natürlich sicherstellen, dass die Umweltpolitik auf genauen wissenschaftlichen Daten und fundiertem Wissen basiert. Eine Vielzahl der erforderlichen Informationen stammt aus den im Rahmen der mehrjährigen Rahmenprogramme der EU für Forschung und technologische Entwicklung finanzierten Forschungsprogrammen. Von diesen Programmen haben bereits hunderte von Vorhaben aus den unterschiedlichsten Bereichen und in einer Reihe von Ländern profitiert. Zu den einschlägigen Themen zählen z. B. die durch das Ozonloch über der Arktis verursachte Hautkrebsgefahr und die Zerstörung der biologischen Vielfalt, die Rolle von Grünflächen für die Gewährleistung einer lebenswerten Stadtumgebung, Software zur schnelleren Ermittlung kontaminierter Flächen, bessere Methoden zur Überwachung der Wasserqualität und billigere Sonnenenergie.

© Carl Branzhen



Obgleich schön anzusehen, deuten diese Wolken auf eine Bedrohung der Ozonschicht über Europa hin.

Fazit

Die Umweltpolitik der EU ist nicht statisch. Sie wird ständig aktualisiert, um neuen Bedrohungen und aufstrebenden Technologien Rechnung zu tragen. Sie ist offen für neue Ideen über die beste Vorgehensweise oder das beste Instrument zur Behandlung von Umweltfragen. Die Politik ist nicht unnahbar, sondern nimmt Rücksicht auf die Meinung der Beteiligten – insbesondere der EU-Bürger, die zu Recht eine hohe Lebensqualität für sich und ihre Kinder erwarten.

Sollten Sie sich also zur Umweltpolitik der EU äußern wollen, wenden Sie sich bitte an

- Ihren Abgeordneten vor Ort – da EU-Politiken Teil der nationalen Politiken sind;
- Ihren Abgeordneten im Europäischen Parlament – da das Europäische Parlament die EU-Verordnungen und -Richtlinien erlässt;
- Umweltorganisationen – da diese die EU zur Umweltpolitik beraten.

Darüber hinaus können Sie Ihre Fragen und Anmerkungen auch an die Europäische Kommission senden:

- Verwenden Sie entweder das Online-Formular unter europa.eu.int/comm/environment/env-informa/
- oder schreiben Sie an folgende Adresse:
Generaldirektion Umwelt
Informationszentrum (BU-9 00/11)
Europäische Kommission
B-1049 Brüssel

Die Teilnahme an Chats und Konsultationen zu einer Reihe politischer Themen ist unter europa.eu.int/yourvoice möglich.

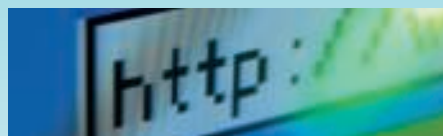
Zur Vertiefung

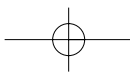
Informationen der EU zur Umweltpolitik:
europa.eu.int/pol/env/index_de.htm

Umweltportal der Europäischen Kommission:
europa.eu.int/comm/environment/index_de.htm

Portal der Europäischen Kommission zur nachhaltigen Entwicklung:
www.europa.eu.int/comm/sustainable/index_en.htm

WWF-Handbuch zur Umweltfinanzierung der EU:
www.panda.org/downloads/europe/eufundingforenvironmentweb.pdf





Europäische Kommission

Eine lebenswerte Umwelt
Der Beitrag der Europäischen Union

Reihe „*Europa in Bewegung*“

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2006 – 22 S. – 16,2 x 22,9 cm

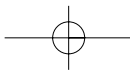
ISBN 92-79-00362-3

Die Umweltpolitik der Europäischen Union geht von der Überzeugung aus, dass das Wirtschaftswachstum, der soziale Fortschritt und der Umweltschutz alle zur Verbesserung unserer Lebensqualität beitragen.

Diese drei Bereiche sind darüber hinaus eng miteinander verknüpft. Soll eine nachhaltige Entwicklung in Europa und auf der ganzen Welt erzielt werden – mit anderen Worten, sollen künftige Generationen auch in den Genuss einer höheren Lebensqualität kommen, muss ein vorsichtiges Gleichgewicht zwischen diesen Bereichen hergestellt werden.

Zu den größten Umweltproblemen der heutigen Zeit zählen der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt, die durch Umweltverschmutzung bedingte Gefährdung unserer Gesundheit, die Art, wie wir mit Naturressourcen umgehen, und die Produktion übermäßiger Mengen von Abfall. Die EU stellt sich diesen Problemen, indem sie hohe Umweltstandards festlegt und neue Arbeitsweisen und sauberere Technologien fördert.

Neue, in Europa entwickelte, umweltfreundliche Technologien könnten auch zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beitragen und so neue Arbeitsplätze schaffen und die Finanzierung des sozialen Fortschritts sichern.



Weitere Informationen über die Europäische Union



Information in allen Sprachen der Europäischen Union sind erhältlich über den Internet-Server Europa:
europa.eu.int



Über ganz Europa verteilt gibt es hunderte von örtlichen Informationszentren. Das für Sie am nächsten gelegene Infozentrum finden Sie hier: europa.eu.int/comm/relays/index_de.htm



EUROPE *DIRECT* will Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden. Sie können diesen Dienst über die gebührenfreie Telefonnummer **00 800 6 7 8 9 10 11** [oder, falls Sie von außerhalb der EU anrufen, über die gebührenpflichtige Nummer (32-2) 299 96 96] sowie per E-Mail (via europa.eu.int/europedirect) erreichen.

Für Auskünfte und Veröffentlichungen über die Europäische Union in deutscher Sprache wenden Sie sich bitten an:

VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78
D-10117 Berlin
Tel. (49-30) 22 80-2000
Fax (49-30) 22 80-2222
Internet: www.eu-kommission.de
E-Mail: eu-de-kommission@cec.eu.int

Vertretung in Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4
D-53111 Bonn
Tel. (49-228) 530 09-0
Fax (49-228) 530 09-50
E-Mail: eu-de-bonn@cec.eu.int

Vertretung in München

Erhardtstraße 27
D-80331 München
Tel. (49-89) 24 24 48-0
Fax (49-89) 24 24 48-15
E-Mail: eu-de-muenchen@cec.eu.int

Vertretung in Belgien

Rue Archimède 73
B-1000 Bruxelles
Tel. (32-2) 295 38 44
Fax (32-2) 295 01 66
Internet: europa.eu.int/comm/represent/be
E-Mail: represent-bel@cec.eu.int

Vertretung in Luxemburg

Bâtiment Jean Monnet
Rue Alcide De Gasperi
L-2920 Luxembourg
Tel. (352) 43 01-34925
Fax (352) 43 01-34433
Internet: europa.eu.int/luxembourg
E-Mail: burlux@cec.eu.int

Vertretung in Österreich

Kärntnerring 5-7
A-1010 Wien
Tel. (43-1) 51 61 80
Fax (43-1) 51 61 83 52
Internet: europa.eu.int/austria
E-Mail: burvie@cec.eu.int

BÜROS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Informationsbüro für Belgien

Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
Tel. (32-2) 284 20 05
Fax (32-2) 230 75 55
Internet: www.europarl.eu.int/brussels
E-Mail: epbrussels@europarl.eu.int

Informationsbüro für Deutschland

Europäisches Haus
Unter den Linden 78
D-10117 Berlin
Tel. (49-30) 22 80-1000
Fax (49-30) 22 80-1111
Internet: www.europarl.de
E-Mail: epberlin@europarl.eu.int

Erhardtstraße 27
D-80331 München
Tel. (49-89) 202 08 79-0
Fax (49-89) 202 08 79-73
Internet: www.europarl.de
E-Mail: epmuenchen@europarl.eu.int

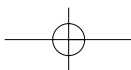
Informationsbüro für Luxemburg

Bâtiment Robert Schuman
Place de l'Europe
L-2929 Luxembourg
Tel. (352) 43 00-22597
Fax (352) 43 00-22457
Internet: www.europarl.eu.int
E-Mail: epluxembourg@europarl.eu.int

Informationsbüro für Österreich

Kärntnerring 5-7
A-1010 Wien
Tel. (43-1) 51 61 70
Fax (43-1) 513 25 15
Internet: www.europarl.at
E-Mail: epwien@europarl.eu.int

Vertretungen der Europäischen Kommission und Büros des Europäischen Parlaments bestehen auch in den übrigen Ländern der Europäischen Union. Delegationen der Europäischen Kommission bestehen in anderen Teilen der Welt.



Diese Broschüre und weitere kurze, klare Erläuterungen zur Tätigkeit der EU können online unter europa.eu.int/comm/publications/ abgerufen werden.

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Referat Veröffentlichungen
B-1049 Brüssel

Manuskript abgeschlossen im Oktober 2005

Illustration Titelseite: Awili/Zefa/Corbis

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2006

ISBN 92-79-00362-3

© Europäische Gemeinschaften, 2006
Nachdruck gestattet.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

Die Europäische Union



DE



Die Umweltpolitik der Europäischen Union geht von der Überzeugung aus, dass das Wirtschaftswachstum, der soziale Fortschritt und der Umweltschutz alle zur Verbesserung unserer Lebensqualität beitragen.

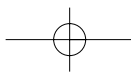
Diese drei Bereiche sind darüber hinaus eng miteinander verknüpft. Soll eine nachhaltige Entwicklung in Europa und auf der ganzen Welt erzielt werden – mit anderen Worten, sollen künftige Generationen auch in den Genuss einer höheren Lebensqualität kommen, muss ein vorsichtiges Gleichgewicht zwischen diesen Bereichen hergestellt werden.

Zu den größten Umweltproblemen der heutigen Zeit zählen der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt, die durch Umweltverschmutzung bedingte Gefährdung unserer Gesundheit, die Art, wie wir mit Naturressourcen umgehen, und die Produktion übermäßiger Mengen von Abfall. Die EU stellt sich diesen Problemen, indem sie hohe Umweltstandards festlegt und neue Arbeitsweisen und sauberere Technologien fördert.

Neue, in Europa entwickelte, umweltfreundliche Technologien könnten auch zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beitragen und so neue Arbeitsplätze schaffen und die Finanzierung des sozialen Fortschritts sichern.

NA-AB-05-948-DE-C

ISSN 1022-8241



Europa in Bewegung

Eine lebenswerte Umwelt

Der Beitrag der Europäischen Union



NA-AB-05-948-DEC

ISSN 1022-8241

Europäische Union

